

Hunger nach Brot und Gerechtigkeit Zur aktuellen Situation in Togo

Eine Einschätzung von NM-Generalsekretär Hannes Menke.

Unbeachtet von der internationalen Öffentlichkeit spitzt sich in Togo eine politische Konfrontation zu zwischen demonstrierenden Oppositionsparteien, die einen sofortigen Machtwechsel und damit das Ende einer 50jährigen Familiendynastie fordern, und einer Regierung, die mit allen Mitteln die Regierungszeit des derzeitigen Präsidenten Faure Gnassingbé verlängern will.

Demonstrationen seit August 2017

Die derzeitige Krise nahm ihren sichtbaren Anfang am 19. August 2017, als es der bis dahin weitgehend unbekanntes Oppositionspartei Parti National Panafricain (PNP) gelang, mit der Forderung nach einer Begrenzung der Amtszeit des Präsidenten auf zwei Mandate in mehreren Städten des Landes und auch in Frankreich, den USA und Deutschland Massen zu Demonstrationen zu mobilisieren. Schon jetzt kam es bei dem Versuch, die Demonstration durch Polizei und Militär in Sokodé, der Heimatstadt von Tikpi Atchadam, dem Präsidenten der PNP, einzudämmen, zu zwei Toten. Die unerwartete Fähigkeit, große Massen im In- und Ausland zu mobilisieren und die blutige Repression haben zu einer bisher nicht dagewesenen Geschlossenheit der Opposition geführt, die in Aktionen des zivilen Ungehorsam (Action ville morte) sowie in zentralen und dezentralen Demonstrationen mit über 100.000 Menschen mündete. Politisch spitzt sich die Situation insofern zu, dass die Opposition nun nicht nur die Wiederherstellung der Verfassung von 1992 mit der Begrenzung der Mandate und dem Wahlrecht der Exiltogoerinnen und -togoer fordert, sondern auch den sofortigen Rücktritt des Präsidenten. Die Regierungsseite (UNIR) gibt vor, auf die Forderung der Verfassungsänderung einzugehen, schlägt in ihrem Gesetzentwurf aber die Wirksamkeit dieser Begrenzung erst ab dem Zeitpunkt der Abstimmung vor, was de facto dem amtierenden Präsidenten zusätzlich zu den zwei bisherigen Mandaten erlauben würde, sich 2020 und 2025 wieder zur Wahl zu stellen. Dieser Vorschlag ist im Parlament mit einfacher Mehrheit der Regierungspartei angenommen worden und soll nun in einem Referendum dem Volk zur Abstimmung vorgeschlagen werden. Vor die Wahl gestellt zwischen der derzeitigen unbegrenzten Anzahl von Mandaten und einer Befristung auf möglicherweise weitere 13 Jahre Herrschaft von Faure Gnassingbé, lehnt die Opposition das Referendum ab und mobilisiert weiter zu Demonstrationen. Inzwischen ist es dabei zu zahlreichen Auseinandersetzungen gekommen, die Regierungspartei wird von Milizen unterstützt. In Sokodé sind nach Unruhen wegen der Verhaftung eines Imams, dem

Aufwiegelung zu Hass und Gewalt vorgeworfen wurde, zwei Soldaten gelyncht worden. Insgesamt sind bis heute 16 Tote, zum überwiegenden Teil Oppositionelle, zu beklagen.

Vermittlungsbemühungen

Zahlreich, aber bisher nicht zielführend sind verschiedene Vermittlungsbemühungen internationaler Organisationen, wie der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft, der Afrikanischen Union, der Gemeinschaft Frankophoner Staaten, aber auch einer Delegation benachbarter Staatschefs mit dem Mandat der Vereinten Nationen. Der angesichts zunehmender Gewalt sinnvolle Appell zum Dialog scheitert schon vor dem Beginn ernsthafter Gespräche: Während die Regierungsseite Wege sucht, den Machterhalt abzusichern, sieht die Opposition keine Notwendigkeit zu weiteren Gesprächen, solange diese zum Ziel haben, die Präsidentschaft von Faure Gnassingbé zu verlängern. Im Übrigen haben in den vergangenen Jahren wichtige Dialogprozesse stattgefunden, wie das von dem Präsidenten Burkina Fasos vermittelte Rahmenabkommen von 2006 oder die Wahrheits-, Friedens- und Versöhnungskommission von 2012, die die wichtigsten Bedingungen für eine Lösung der politischen Blockade genannt haben: transparente, faire und gerechte Wahlen (gleicher Zuschnitt der Wahlbezirke, Beteiligung aller politischen Kräfte an der Durchführung der Wahl) sowie eine Entschädigung der Opfer und Bestrafung der für die Repression und 500 - 800 Ermordeten Verantwortlichen bei der ersten Präsidentschaftswahl Faure Gnassingbés 2005 .

Bis jetzt aber sind keine dieser von allen Beteiligten einvernehmlich beschlossenen Maßnahmen umgesetzt worden, was auf Seiten der Opposition zu größtem Misstrauen gegenüber „politischen Dialogen“ geführt hat.

Perspektive der Kirchen

Die evangelischen und die katholische Kirchen haben in diesem Prozess immer wieder für eine verantwortliche und weitsichtige Politik geworben. Bereits im Juni forderten die EEPT und die Methodistische Kirche, die damals noch vorherrschende Ruhe nicht als Zustimmung zu den politischen Verhältnissen miss zu verstehen, sondern mit großer Dringlichkeit die anstehenden politischen Reformen umzusetzen. Die Leidensfähigkeit der Bevölkerung dürfe nicht überstrapaziert werden.

Auch seit Beginn der jüngsten Demonstrationen haben die Kirchen mehrfach darauf hingewiesen, dass den berechtigten Forderungen der Bevölkerung Recht verschafft werden müsse. Außerdem haben sie insbesondere gegenüber der Staatsmacht – aber auch gegenüber den Kräften der Opposition – darauf verwiesen, dass kein politisches Ziel, auch nicht der Wille zum Machterhalt, Gewalt, Hass und Zerstörungswut legitimiere. Schließlich haben sie sich bereit erklärt, in Gesprächen zwischen den Parteien zu vermitteln, wenn dies von allen Beteiligten gewünscht werde.

Aus der Perspektive der Kirchen und noch mehr aus der eines internationalen Missionswerkes wird man nicht unmittelbar in dem Ringen um die Macht eingreifen können oder Position beziehen wollen. Ihr Mandat ist eben nicht das eines politischen Akteurs, sondern das eines aufmerksamen Zuhörers für die Not und das Leiden der Bevölkerung, das einer mahnenden Stimme, die ihr moralisches Gewicht als Religionsgemeinschaft in die Waagschale wirft , und das einer prophetischen Stimme, die Orientierung und Bedingungen für einen Weg aus der Krise aufzeigen kann.

Ein ganz wesentliches Gewicht wird hierbei auf der Dialogfähigkeit der Kirchen untereinander, aber auch mit anderen Religionsgemeinschaften, insbesondere dem Islam, liegen. Jeder Versuch, die politischen Auseinandersetzungen als interethnische oder gar interreligiöse Spannungen zu instrumentalisieren, muss zurückgewiesen werden.

„Im politischen Hintergrund“

In diesem Sinne muss darauf hingewiesen werden, dass die derzeitigen Unruhen im Wesentlichen auch in der Frustration und Wut einer Bevölkerung begründet sind, der ein Leben ohne Not und bescheidene Perspektiven wirtschaftlicher Sicherheit vorenthalten werden. Zu sichtbar ist der Klientelismus, der die Erträge der Gesellschaft nach politischer Opportunität verteilt, zu hoch die Jugendarbeitslosigkeit und zu gering die Aussichten, seine Familie mit einem anständig verdienten Einkommen ernähren zu können. Auch wenn in Togo mit Wachstumsraten um die 5 % wirtschaftliche Erfolge zu verzeichnen sind, so kommt dieser neue Wohlstand nur einem kleinen Teil der Bevölkerung zu Gute. Während neue Straßen und Villenviertel in der Hauptstadt Lomé allenthalben zu finden sind, ändern sich die tatsächlichen Lebensverhältnisse in den Dörfern nicht.

Ebenso wäre zu fragen, warum der Bildungssektor so gering ausgestattet ist, dass zwar numerisch ein großer Teil der Kinder und Jugendlichen zur Schule geht, dort aber angesichts hoffnungslos überfüllter Klassen mit bis zu 80 oder 100 Schülerinnen und Schülern kaum etwas lernt, und die Lehrer zu jedem Schulanfang wieder streiken, weil versprochene Anpassungen ihrer Gehälter an die Steigerung der Lebenshaltungskosten ausbleiben. In weiten Teilen, insbesondere in ärmeren ländlichen Regionen, ist es an der Tagesordnung, dass Gehälter erst mit monatelanger Verspätung ausgezahlt werden. Ähnliche Anmerkungen wären auch für den Gesundheitsbereich zu machen, in dem es - anders als z. B. im benachbarten Ghana - noch immer keine allgemeine Gesundheitsversicherung gibt und die Behandlung akuter Krankheiten von der Zahlungsfähigkeit der Patienten abhängt. Hiermit sind nur zwei der Bereiche genannt, in denen die Kirchen besonders engagiert sind und immer wieder auf eine angemessene finanzielle Ausstattung auch ihrer Schulen und Krankenstationen drängen, die sie im Dienste der gesamten Gesellschaft betreiben.

Diese und viele weitere Fragen einer Bevölkerung, die nach Brot und Gerechtigkeit hungert, zielen auf die politischen und wirtschaftlichen Perspektiven des Landes. Gesellschaftliche Perspektiven müssen aber über den aktuellen Konflikt um die Macht hinaus von vornherein mit einbezogen werden, wenn die gegenwärtige oder eine zukünftige Regierung demokratische Legitimation beanspruchen will.

Liebe Mitglieder des Ökumenischen Netzwerks Togo,

Ich hoffe, diese Nachricht erreicht Sie in gesundheitlich guter Verfassung. Ich melde mich wieder bei Ihnen, um Ihnen einen schnellen Überblick über die gesellschaftspolitische Situation in Togo ab dem 10. Oktober zu geben.

Seit der Aufforderung des PNP-Präsidenten an den Oppositionsführer am 21. August, nach der Einrichtung einer neuen Oppositionsplattform, die Parteikoalitionen (CAP 2015 und die Gruppe der Sechs) und einzelne Parteien (PNP, RAC, Volksgesundheit usw.) zusammenführt, fanden seit dem 6. September 2017 Demonstrationen (Märsche und Treffen) statt, um die Umsetzung von Verfassungs- und institutionellen Reformen (einschließlich der Rückkehr zur Verfassung von 1992, die 97 % des togoischen Volkes angenommen haben) und die Freilassung der verhafteten und inhaftierten Demonstranten zu fordern. Die letzte Demonstrationsserie fand am 29. und 30. November sowie am 2. Dezember statt, die nächste ist für den 13., 14. und 16. Dezember geplant.

1. Zu beklagende Akte der Gewalt

Obwohl diese Demonstrationen, die seit etwas mehr als drei Monaten in Lomé und vielen anderen Städten des Landes stattfinden, friedlicher Natur sind, sind einige von ihnen durch die blutige Unterdrückung der Demonstranten gekennzeichnet: Verluste an Menschenleben und materielle Schäden wurden beklagt (siehe die Berichte von Menschenrechtsorganisationen, einschließlich des CACIT-Berichts, den ich Ihnen in der Zwischenzeit übermittelt habe). Hunderte von Elitetruppen wurden in und um Sokodé, Bafilo, eingesetzt. Die heutige Bilanz spricht von 20 Toten, 100 Verletzten und auch vielen Sachschäden, die durch den von der PNP organisierten Marsch am 19. August verursacht wurden, und nicht zu vergessen die Hunderten von Einwohner dieser Orte, die ins benachbarte Ghana und Benin geflohen sind.

Es ist interessant festzustellen, dass diese Gewaltakte zwischen dem 16. und 20. Oktober stattfanden.

1.1 Die Verhaftung eines PNP-nahen Imams, der erste Auslöser für Gewalt

Die Verhaftung von Mohamed Alassani Djobo am Abend des 16. Oktober, Imam der Zentralmoschee von Sokodé, der Hauptstadt von Zentral-Togo (350 km von Lomé entfernt) und Hochburg von Tikpi Atchadam, Präsident der PNP, provozierte in der Nacht zum 16. Oktober sowie tagsüber am 17. Oktober in Sokodé, aber auch in Bafilo (300 km von Lomé entfernt), in Kpalimé (120 km von Lomé) und Lomé Zusammenstöße von Aktivisten und Anhängern der PNP mit Strafverfolgungs- und Sicherheitsbeamten. Zur Erinnerung: Herr Djobo, dem eine gewisse Nähe zu Herrn Atchadam nachgesagt wird, wurde beschuldigt, während seiner Predigten Kommentare abzugeben, die zum Hass gegen Obrigkeiten und Strafverfolgungsbehörden aufstacheln.

Es waren einerseits Brandlegungen (mit Kerosin) in den Gebäuden des Postamtes, einer Bank und des Hauses eines örtlichen Ministers (mit der Ermordung von zwei Soldaten im Dienst) in Sokodé und andererseits die Niederbrennung des PNP-Hauptquartiers in Agoe, ein nördlicher Vorort Lomé, durch vermummte Männer zu beklagen. Es sei darauf hingewiesen, dass die PNP die Beteiligung ihrer Aktivisten/Sympathisanten an der Zerstörung und den Morden in Sokodé bestritten hat. Ohne die Rechtmäßigkeit der Gründe zur Festnahme des Imams oder die Rechtmäßigkeit der Festnahmebedingungen (nach 19.00 Uhr und nachdem der Strom

absichtlich von den Behörden abgestellt wurde) zu kommentieren, fragt man sich, ob es angesichts der Popularität der Person in seiner Gemeinde und des politischen Kontextes, der von der Zunahme politischer Spannungen gekennzeichnet ist, sowie angesichts vermittelnder Bemühungen (eine Delegation der Opposition, zu der auch der Präsident der PNP gehörte, sollte nämlich am 17. Oktober nach Conakry reisen, um mit dem Präsidenten von Guinea zusammenzutreffen) politisch angebracht war, solch eine Aktion durchzuführen.

1.2 Verbot von Demonstrationen an Arbeitstagen, der zweite Auslöser für Gewalt

Auf der Grundlage der Zerstörungen, die von einigen wenigen Demonstranten verursacht wurden, und der negativen Auswirkungen der Demonstrationen auf die Volkswirtschaft, hat der Minister für Gebietsverwaltung, Dezentralisierung und lokale Selbstverwaltung am 10. Oktober ein Dekret erlassen, das Demonstrationen unter der Woche verbietet, was im Widerspruch zu den Bestimmungen des geltenden Gesetzes steht, während die Opposition neue Demonstrationen vorbereitet. Die Weigerung der Oppositionsplattform, diese von ihr als rechtswidrig betrachtete Ministermaßnahme einzuhalten, wird bei den Demonstrationen am 18., 19. und 20. Oktober zu gewaltsamen Repressionen durch die der machthabenden Partei nahestehenden Sicherheitskräfte und Milizen führen: In Lomé und Sokodé und Bafilo wurden Bürger mit Kriegswaffen verprügelt und verwundet.

Folge

2. Aufruf zum Dialog

Auf Druck der togoischen Bürgerinnen und Bürger innerhalb und außerhalb des Landes einerseits und nach Aufrufen von Ländern und internationalen Organisationen in Afrika und außerhalb des Kontinents andererseits kündigte die Regierung am 6. November an, dass sie bald "einen Dialog mit der gesamten politischen Klasse der togoischen Opposition" eröffnen werde, um eine Lösung für die Krise zu finden, die das Land erschüttert. Gleichzeitig kündigte die togoische Regierung die folgenden Beschwichtigungsmaßnahmen an: „die Freilassung von 42 Personen, die verhaftet verurteilt und ins Gefängnis gesperrt wurden, die Freilassung von 42 Personen, die von verschiedenen Gerichtsbarkeiten im Zusammenhang mit den Demonstrationen vom 16., 17., 18., 19. und 20. Oktober verhaftet und verurteilt wurden, die Rückgabe von Motorrädern, die während der Demonstration vom 7. September 2017 nach 22.00 Uhr in Lomé beschlagnahmt wurden, und die Aufhebung der gerichtlichen Überprüfung von Jean Pierre Fabre, dem Führer der Opposition, im Verfahren um die Brände bei den Märschen in Lomé und Kara.“

2.1 Vorbereitungen für den Dialog

Seit dieser Ankündigung und der positiven Resonanz auf die Plattform der 14 Oppositionsparteien haben Kontakte zwischen potenziellen Vermittlern und togoischen politischen Akteuren stattgefunden. In den letzten zwei Wochen hat beispielsweise der Präsident von Guinea und derzeitige Präsident der Afrikanischen Union (AU), Alpha Condé, Gespräche mit dem togoischen Staatschef und den Oppositionsführern geführt. Der Präsident von Ghana, Nana Akufo Ado, traf seinerseits während dieser Zeit im Namen der Gemeinschaft westafrikanischer Staaten (ECOWAS) mit Führern der Regierungspartei und der Opposition sowie mit anderen der Opposition nahestehenden Persönlichkeiten wie Pascal Bodjona, ehemaliger Minister von Faure Gnassingbé, der sich 2004 von Faure Gnassingbé getrennt hatte, und François Boko, ehemaliger Minister von Eyadéma im Exil, der während der

Übergangszeit nach dem Tod von Eyadéma entlassen wurde, weil er die Verschiebung der Präsidentschaftswahlen im April 2005 beantragt hatte, in deren Verlauf Faure Gnassingbé an die Macht kam.

Vor dem 6. November, dem Datum der Ankündigung der togoischen Regierung, mit der togoischen Opposition zu diskutieren, brachten viele andere Staatschefs der Subregion ihre Besorgnis über die Lage in Togo zum Ausdruck und knüpften Kontakte mit dem togoischen Staatsoberhaupt. Es handelt sich um Patrice Talon aus Benin, der zweimal nach Lomé gekommen ist, und Präsident Alassane Ouattara, der einen Abgesandten zu Präsident Faure Gnassingbé geschickt hatte.

Trotz dieser zahlreichen Maßnahmen ist deutlich geworden, dass das Staatsoberhaupt von Ghana die Verhandlungen leiten wird, deren tatsächlicher Beginn noch nicht bekannt gegeben wurde; in den Gesprächen wird sich weiterhin über die Festlegung der Grundzüge und Inhalte ausgetauscht: Ort der Gespräche, Zusammensetzung der Delegationen, zu erörternde Punkte usw.

Vor zwei Tagen bekräftigte die Opposition ihre Bereitschaft, an den Gesprächen teilzunehmen, auch wenn sie an der Aufrichtigkeit des Staatsoberhauptes zweifelt und weiterhin Vorbedingungen festlegt, nämlich die Verabschiedung von Maßnahmen zur Entspannung der Lage, wie die Freilassung aller seit den PNP-Demonstrationen vom 19. August verhafteten Personen, einschließlich der Imame von Sokodé und Bafilo, die Einstellung der Gerichtsverfahren gegen die Führer der Oppositionsparteien in der Angelegenheit der Brände bei den Demonstrationenmärschen in Lomé und Kara (die von 2013 datieren und nie verhandelt wurden), die Aufhebung der Maßnahmen zur Verhinderung der Organisation von Demonstrationen in einigen Städten im Norden Togos, in diesem Fall Mango, Kara, Sokodé und Bafilo, usw.

2.2 Was ist mit dem Aktionsplan der Kirchen für einen Ausweg aus der Krise?

Als die Regierung selbst die Führung übernahm und sich (ob willentlich oder gewaltsam) für einen "Dialog" unter Führung der ECOWAS entschied, stand die Initiative der Kirchen zur Vermittlung nicht mehr. Dennoch haben wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, dass sie vom ghanaischen Vermittlungsteam konsultiert werden.

Schließlich ist es wichtig zu betonen, dass sich EEPT und EMT, auch wenn sie (noch) nicht am Krisenlösungsprozess beteiligt sind, durch ihren Klerus oder durch die Aktivitäten der PAOET verpflichtet haben, die Gläubigen für die Notwendigkeit zu sensibilisieren, sich in ethnisch-religiöse Gemeinschaftskonflikte hineinziehen zu lassen: Es geht darum, den Gläubigen zu erklären, dass die Demonstrationen weder von Muslimen aufgrund ihrer Religion inspiriert, noch gegen eine bestimmte ethnische Gruppe gerichtet sind.

Die Regierung kündigte am 07.12.2017 in einer Pressekonferenz an, dass sie bereit sei, den Dialog aufzunehmen, und lud die Oppositionsführer ein, bereits im Januar 2018 mit der Arbeit zu beginnen; die anwesenden Minister betonten auch die Bereitschaft der Regierung, die notwendigen Deeskalationsmaßnahmen zu ergreifen, um die Durchführung des Dialogs zu erleichtern. Am 08.12.2017 hat die Regierung die Befreiung des o. g. Imams von Sokodé sowie des Imams von Bafilo, der ebenfalls zwischenzeitlich ohne viel Aufhebens verhaftet wurde, verkündet.